

das AKW-Brokdorf sofort stilllegen !

CASTOR-Transporte aus Sellafeld nach Brokdorf verhindern !

Unter dem Eindruck der Reaktorkatastrophe im japanischen Fukushima hatte die damalige schwarz-gelbe Koalition beschlossen, zum Jahr 2022 aus der Atomenergie auszusteigen. Diese Entscheidung führte zur Stilllegung von acht Atomkraftwerken, für die anderen neun Kraftwerke wurde ein stufenweiser Abschaltplan vereinbart.

Für den 2011 beschlossenen Atomausstieg erhalten die Energiekonzerne RWE und Vattenfall eine millionenschwere Entschädigung. Der Bundestag verabschiedete eine entsprechende Gesetzesänderung und setzte damit ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts um.

Die Karlsruher Richter hatten im Dezember 2016 entschieden, dass die Stromkonzerne für bereits getätigte Investitionen und für verfallene Strom-Produktionsrechte entschädigt werden müssen.

Die Höhe der jetzt beschlossenen Entschädigung kann allerdings erst im Jahr 2023 ermittelt werden, wenn die tatsächlich nicht produzierte Strommenge und die damit entgangenen Gewinne konkret feststehen. Die Bundesregierung rechnet laut Gesetzentwurf mit einer Betrag „im oberen dreistelligen Millionenbereich“.

Im Gegensatz zu RWE und Vattenfall steht Eon bisher keine Entschädigung zu, weil die Reststrommengen bis zum endgültigen Atomausstieg wohl noch auf andere Atomkraftwerke verteilt werden können. Der vierte Kraftwerksbetreiber EnBW hatte nicht in Karlsruhe geklagt.

Ist nun alles gut? Können wir uns beruhigt zurücklehnen?

Nein, Deutschland ist immer noch zweitgrößter Atomstrom-Produzent der EU.

Und AKWs hören ja nicht zu strahlen auf, selbst wenn sie keinen Strom mehr erzeugen.

Und die Urananreicherungsanlage im westfälischen Gronau und die Brennelementfabrik im niedersächsischen Lingen haben eine unbefristete Betriebsgenehmigung und exportieren angereichertes Uran und Brennstäbe in die ganze Welt – sie sind von dem sogenannten Atomausstieg nicht betroffen.

Und wenn deutsche Firmen weiterhin am Bau von Atomanlagen beteiligt sind oder Materialien für den Bau und Betrieb herstellen und exportieren, oder wenn Atomstrom aus anderen Ländern importiert wird, erweist sich das Gerede vom "Ausstieg aus der Atomenergie" als dreiste Irreführung und Lüge.

Und ...

Nach wie vor gibt es weder in der BRD noch anderswo auf der Welt ein "Endlager" für Strahlenmüll und das ist selbst wissenschaftlich gar nicht vorstellbar.

In den Kavernen des Reaktorgebäudes des AKW-Brunsbüttel sind rostige Fässer aufgetaucht.

Die Genehmigung zur Lagerung abgebrannter Brennelemente ins Zwischenlager Brunsbüttel wurde gerichtlich aufgehoben, weil die Sicherheit des Zwischenlagers nicht gewährleistet sei. Trotzdem ordnete der Schleswig-Holsteinische Umweltminister, Robert Habeck (Grüne), an, dass der hochradioaktive Müll in Brunsbüttel bleiben soll.

Trotz unerklärlicher Schäden durch Oxydation an den Brennstäben hat die Landesregierung das AKW-Brokdorf wieder anfahren lassen. Dies setzt die Bevölkerung weiterhin einem unkalkulierbaren Risiko für Leben und Gesundheit aus. Robert Habeck hatte zugesichert: "Erst wenn die Ursache gefunden ist, kann der Reaktor wieder ans Netz." Nun aber hat er ihn aus Angst vor einer Schadensersatzklage durch die Betreiber doch wieder anfahren lassen. In der Regierung handeln die Grünen damit wie die Vertreter*innen aller anderen Parteien: "Profit geht vor Leben".

Brokdorf muss laut Atomgesetz spätestens 2021 vom Netz. Der Rückbau würde viele Jahre dauern, wobei radioaktiver Müll anfällt, für den keine sichere "Entsorgung" denkbar ist.

Ein Problem, an dem sich andernorts bereits Protestaktionen entwickeln, ist auch das Ausmessen von ca. 90% der Masse aus dem Rückbau. Dieser ausgemessene, leicht strahlende Müll, soll z. B. auf Müll-Deponien abgekippt oder recycelt (z.B. zum Stahl- oder Straßenbau) werden.

Das Zwischenlager/Endlager des AKW-Brokdorf soll auch 7 CASTOREN mit Kokillen mit eingeschmolzenen hochradioaktiven Atommüll aus der Plutoniumfabrik in Sellafield (England) aufnehmen.

Der Plan sieht vor, den Transport von La Hague nach Philippsburg im Jahr 2019 zu machen, die drei Transporte von Sellafield nach Ohu, Biblis und Brokdorf in den Jahren 2020 bis 2022, also jedes Jahr ein Transport. Das bedeutet für den Brokdorf-Transport, dass er irgendwann zwischen 2020 und 2022 stattfinden wird.

Wie der logistische Ablauf in Brokdorf sein wird, ist noch offen. Da werden derzeit noch verschiedene Varianten geprüft. Fakt scheint aber zu sein, dass die sieben Behälter aus Sellafield mit dem Schiff kommen. Aber wo das Schiff entladen wird, steht noch nicht fest. Die Betreiber haben zugesagt, darüber rechtzeitig zu informieren, wenn die Entscheidung gefallen ist. (Aus der Info-Veranstaltung der Gemeinde Brokdorf vom 12.06.2018 zu den WAA-CASTOREN. Infos vom Leiter der Bundes-Atomaufsicht und dem Vorsitzenden von PreussenElektra)

Lässt sich das Brokdorfer Atomgelände wieder zur Wiese machen? "Der Bauplatz muss wieder zur Wiese werden", eine alte Forderung des Widerstandes. Jetzt wird es aber lange dauern, bis diese Wiese nicht mehr radioaktiv belastet ist und der vorhandene Atommüll muß eventuell auf ewig dort gelagert werden. Die "grüne Wiese" ist inzwischen zu einem Propaganda-Bild der Betreiber verkommen.

Vom Atomgelände in Brokdorf kann weiterhin auf ewig eine tödliche Gefahr ausgehen.

Auch das Hin- und Her-Transportieren von CASTOR-Behältern ist mit besonderen Gefahren und Risiken verbunden und ein Zeichen der Hilflosigkeit der Atombetreiber angesichts der ständig weiterlaufenden Produktion von Atommüll.

Erst müssen alle Atomanlagen abgeschaltet sein, bevor über den Verbleib der atomaren

Hinterlassenschaften verantwortlich nachgedacht werden kann.

Um den Umgang mit den zu erwartenden CASTOR-Transporten zu diskutieren, trafen sich nach der 6. Protest- und Kulturmeile in Brokdorf am 22. April Aktivist*innen aus Hamburg, Bremen, dem Wendland, Itzehoe, Brokdorf ...

Zweck des Austausches war:

- entwickeln einer möglichst gemeinsamen Haltung zu den Transporten
- Argumentation schärfen
- Aktionen bzw. Aktionsformen planen
- Re- bzw. Aktivierung von Widerstandsstrukturen
- schaffen bzw. stärken und vernetzen neuer und alter Bündnisse

Die Bundesrepublik wird Eigentümer des Atommülls, somit verantwortlich für die "Entsorgung". Die CASTOR-Hallen an den AKWs gehen zum 01.01.2019 an den Staat über. Die Lager-Hallen für schwach- und mittelaktiven Müll zum 01.01.2020. Die AKW-Betreiber haben sich mit 24 Milliarden Euro freigekauft. Wird die Atommüll-Lagerung teurer, dann muss der Staat zahlen.

In bekannt kapitalistischer neoliberaler Manier bleiben die Gewinne privat, die Kosten und Verluste werden vergesellschaftet.

Es wird vom Minister für Energiewende (besagter Robert Habeck von den Grünen) argumentiert, es sei "unsere" Pflicht, strahlenden Müll aus Sellafield zurückzunehmen; "wir" hätten ihn ja in den 80er/90er Jahren dorthin transportiert.

Zur Erinnerung: Es waren Leute von vor Ort und andere Aktivist*innen, die gegen die Transporte nach Sellafield demonstrierten. Motto: "Wir schützen die Kinder in Sellafield !"

Auch wird von der Regierung gesagt, wir müssten "Verantwortung übernehmen", die Entsorgung und Endlagerung sei "unser aller Anliegen". Nicht nur Stilllegung und Ausstieg fordern, sondern sich am Rückbau und dem Umgang mit den strahlenden Resten der Atomtechnologie beteiligen.

Der Einstieg in die Atomtechnologie war verknüpft mit dem Interesse des Staates eigene Atomkraft zu werden. Nur durch hohe Subventionen wurden die Energiekonzerne motiviert, AKWs zu bauen und zu betreiben.

Der Staat hat Bau und Betrieb der AKW gegen den Widerstand der Bevölkerung durchgeknüpelt, die Betreiber immense Gewinne einfahren lassen und sie steuerlich begünstigt. Beim Ausstieg und der Suche nach einer Unterbringungsmöglichkeit von strahlendem Müll für zig Tausende von Jahren appelliert er an die moralische Verantwortung der Bevölkerung und legt der Gesellschaft die Kosten auf .

Die Gewinne werden privatisiert, die Kosten vergesellschaftet !

wir setzen uns für den sofortigen und endgültigen Ausstieg aus der AtomTechnologie – AtomEnergie und AtomBombe - und den dazugehörigen Infrastrukturen ein, und zwar weltweit !

aber das werden wir nicht nur erreichen durch Analysen, Argumene, Appelle, juristische Prozesse, sondern – da müssen wir schon selbst Hand anlegen.

Transporte müssen immer im Zusammenhang mit ihrer Funktion, das Aufrechterhalten der Atomspirale zu gewährleisten, gesehen werden.

Atomtransporte sind dafür die Achillesverse.

Atomtransporte stoppen heißt:

die Atomspirale stilllegen – und das ist genau unser Ziel !

wir wollen auch die Transporte nach Brokdorf verhindern!
wie, wann und wo werden wir noch besprechen/vorbereiten.

aber nur mit vielen gemeinsam werden wir diese Ideen auch praktisch umsetzen

wir sehen uns !

VorbereitungsGruppe:

das AKW-Brokdorf stilllegen !

CASTOREN aus Sellafield ins Zwischenlager Brokdorf verhindern !

Kontakte: Meßstelle für Arbeits- und Umweltschutz, MAUS, www.MAUS-Bremen.de
Systemoppositionelle Atomkraft Nein Danke Gruppe Hamburg, SAND, www.SAND.blackblogs.de
www.Atomtransporte-Hamburg-stoppen.de

(Label: AKW-Transporte // Dateiname: Brokdorf-Protokoll // überarbeitet: 07.07.2018)